

ALLIGATOR



Rundbrief der GRÜNEN LIGA e.V.

12/ 12 • 23. Jahrgang

01/ 13

Baumpflanzung in Hoppenrade.....	2
ALLIGATOR-Intro.....	2
Fracking.....	3
ÖPNV im Osterzgebirge.....	5
Interview mit Björn Burmeister.....	6
Mitgliederversammlung 2013.....	8
Internet und Umweltschutz.....	10
Bundesverkehrswegeplan.....	12
Europäische Mobilitätswoche 2012	13
Buch-Tipp.....	14
Dies & Das.....	15
Adressen.....	16

Apfelbäume für Hoppenrade

Titelfoto: Arbeitseinsatz in der Apfelallee Hoppenrade am 14.10., rechts: Marion Träger aus Potsdam (Spenderin), mittig: helfende Familie aus Hoppenrade, aufgenommen von Norbert Wilke

Foto: Freiwillige Helfer bei der Mittagspause, aufgenommen von Norbert Wilke

Nicht der Mayakalender ließ, ganz im Sinne von Martin Luther, der am Vorabend des Weltunterganges noch einen Apfelbaum pflanzen wollte, die Mitglieder der GRÜNEN LIGA Oberhavel aktiv werden. Vor einigen Jahren hatten wir uns selbst die Pflege von Streuobstbeständen in unser Arbeitsprogramm geschrieben. In diesem Jahr erhielt unser Verein eine größere Spende für genau dieses Vorhaben. Viele Streuobstbestände sind in den letzten Jahren verschwunden, die Landwirte haben die Obstbäume herausgerissen, damit sie weiter für diese Flächen Förderung beantragen können. Das wäre bei Altobstbeständen nicht mehr möglich. Eine Streuobstwiese bei Gransee wurde bereits nachgepflanzt, ein weiteres Projekt, die Trägerschaft über einen Apfelschaugarten bei Mesberg, die von der GRÜNEN LIGA angedacht war, konnte jedoch nicht umgesetzt werden.

Nach einigen Überlegungen kamen wir zu dem Entschluss, die wunderschöne alte Apfelallee von Hoppenrade (Landkreis Oberhavel) hin zur B 96 nachzupflanzen. Viele Lücken waren in den letzten Jahren in der malerischen Allee entstanden. Das Projekt nahm schnell Form an, erste Absprachen gab es mit dem Naturpark Stech-

lin-Ruppiner Land. Naturparkleiter Doktor Mario Schrupf stellte aus dem Sortenschutzprogramm zum Erhalt alter Obstsorten 20 Bäume kostenfrei zur Verfügung, zehn weitere konnte die GRÜNE LIGA käuflich erwerben. Anlässlich des 9. Apfeltages in Menz am 13. Oktober konnten die 30 Apfelbäume abgeholt und nach Hoppenrade gebracht werden. Die Baumschule Fischer bei Templin züchtet alte Hochstammobstsorten und bietet diese auf dem Apfeltag an. Im Rahmen des Sortenschutzprogramms des Naturparks werden alte Hochstammobstsorten an Interessenten kostenfrei ver-

teilt. Einzige Bedingungen sind die Eintragung in ein Kataster und der Abschluss einer Vereinbarung mit dem Naturpark in der freier Zugang zum Obstbaum (Reiserschnitt zur weiteren Vermehrung der Sorten) und die bestmögliche Pflege der Bäume gefordert werden. So konnten dann am Folgetag in Hoppenrade Obstsorten gepflanzt werden, die exotisch klingende Namen wie Pommerscher Krummstiel, Roter Münsterländer, Purpurroter Cousinit, Gewürzluiken, Rheinischer Winterrambour, Riesenboiken, Haberts Renette oder Edler von Leipzig tragen.



ALLIGATOR-Intro



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich mal wieder dem Ende zu und somit steht mit diesem Heft zeitgleich die letzte Ausgabe des laufenden und die erste des kommenden Jahres an. Wie setzen unsere Reihen zum Fracking sowie zum virtuellen Gezwitscher fort und berichten über aktuelle Aktivitäten der Grünligisten, wie zum Beispiel über das Apfelallee-Pflanzungsprojekt in Hoppenrade. In unserem Gastbeitrag können Sie sich über die geplanten und geforderten Neuerungen bezüglich des Bundesverkehrswegeplanes informieren.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr!

//Anke Siegert, Red. Alligator

Impressum

Herausgeber
GRÜNE LIGA e.V.
Netzwerk ökologischer Bewegungen
Anschrift
GRÜNE LIGA e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030/2044745, Fax: 030/2044468
alligator@grueneliga.de
V.I.S.D.P.: Dr. Torsten Ehrke

Redaktion
Anke Siegert

Layout
Julia Ellerbrok

Fotos
namentlich gekennzeichnet,
sonst ALLIGATOR-Archiv

Jahresabo
18,- EUR, Förderabo 25,- EUR
Für Mitglieder der GRÜNEN LIGA im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Auflage
1.100

Spendenkonto
80 25 67 69 00

GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67
(Kennwort: ALLIGATOR)
Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur
mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.

Jürgen Sinnecker, Pomologe und Mitglied der GRÜNEN LIGA, hatte im Vorfeld die noch existierenden Bäume untersucht und die Apfelsorten bestimmt, die sich für eine Nachpflanzung eignen würden.

Das Wetter spielte mit und 15 Helfer, die meisten von ihnen aus den benachbarten Dörfern, brachten die Bäume in den Boden. Zuerst wurden die Pflanzlöcher mit einem Kleinbagger ausgehoben, dann die Eichenpfähle für den Baumschutz in den Boden gebracht, Lavasteine zur Bodenauflockerung und zur Feuchtigkeitsbindung mit Erde gemischt und dann der Ballen des Baumes mit Mäuseschutz umwickelt. Bis zum Mittag waren alle 30 Bäume gepflanzt. Verpflegung war organisiert, und jeder Unterstützer hatte das Gefühl, etwas Sinnvolles getan zu haben. Marion Träger, die Spenderin, war ebenfalls aktiv vor Ort und mit dem Ergebnis zufrieden. Da es in der darauffolgenden Nacht regnete, war es eine perfekte Aktion.

In der folgenden Woche erhielten die Bäume auch ihren Verbissschutz. Nunmehr soll im

kommenden Frühjahr zusammen mit dem Apfelhof Wähner ein erster Pflegeschnitt erfolgen. Der Apfelhof hat dankenswerter Weise die künftige Mitbetreuung der Bäume zugesagt und wird gegebenenfalls bei entsprechen-

dem Ertrag auch die Äpfel nutzen und verarbeiten.

Ebenfalls im kommenden Jahr soll eine Informationstafel über Obstbaumalleen am Dorfausgang Hoppenrade errichtet werden. Der Naturpark Stechlin-Ruppiner Land möchte somit auch auf den Sortenschutz und die ehemalige Nutzung von Apfelallee-bäumen hinweisen. Da die Pflanzaktion auf Gemeindegebiet erfolgte, gilt auch der Gemeinde Löwenberger Land unser Dank für die erteilte Genehmigung. Die Vielzahl der bei der Pflanzaktion Beteiligten Helfer belegt, dass wir im Naturschutz erfolgreich sind.

Hoffen wir, dass die gepflanzten Obstbäume schnell die Lücken in der Allee füllen und dann viele Jahre erblühen und erfolgreich tragen. Auf diesem Weg ein Dankeschön an alle Beteiligten der Pflanzaktion, die unsere GRÜNE LIGA wieder ein bisschen bekannter gemacht hat.

// Norbert Wilke
GRÜNE LIGA Oberhavel e.V.



Foto: Neu gepflanzter Apfelbaum, aufgenommen von Norbert Wilke

Uwe Karmrodt

Fracking – die Dritte

Über die Unbeherrschbarkeit der Technologie und die mangelnde Information der Bevölkerung

Die unkonventionelle Gasfördertechnik „Fracking“, bei der senkrechte und waagerechte Bohrungen von 1000 bis 4000 Meter Tiefe getrieben werden, um dann mit Hilfe von giftigen Chemikalien, hohem Druck, Explosionen und Erschütterungen die im festen Gestein als Bläschen vorhandenen Erdgasvorkommen zu fördern, wird von einzelnen Wissenschaftlern und Politikern als durchaus beherrschbar dargestellt. Fakt ist aber, alle derzeitigen offiziellen Gutachten sprechen übereinstimmend von Restrisiken für das Trinkwasser,

die Natur und die Umwelt – wir berichteten bereits in den letzten zwei Alligator-Ausgaben darüber.

Einzelne Wissenschaftler sprechen von der theoretischen Beherrschbarkeit der Technologie, lassen aber außer Acht, dass diese Technologie von ausschließlich gewinnorientierten Unternehmen ausgeführt wird. Auch die Tatsache, dass Länder wie Frankreich, Bulgarien, Großbritannien, die Niederlande und die Schweiz das Fracking grundsätzlich verboten haben, lässt Zweifel an der

Beherrschbarkeit der Technologie aufkommen. Kanada und Südafrika haben Fracking-Vorhaben auf Eis gelegt. Selbst im Mutterland des Frackings, den USA, gibt es erste Verbote. Der Senat von New York hat Fracking bis auf weiteres verboten!

Wieso wird eine solche Technologie in Deutschland erlaubt und die Öffentlichkeit nicht informiert?

Maßgebend für die Bewertung und Durchführung von Technologien zur Gewinnung von Bodenschätzen ist das

Fracking

Bundesbergrecht. Dieses entstammt in seinen Grundlagen einer Zeit weit vor der Gründung der Bundesrepublik und wurde nur in Teilen der sich verändernden Situation in Deutschland angepasst. Dieses Gesetz sieht bei der Genehmigung von Aufsuchungsrechten grundsätzlich keine Beteiligung der Kommunen und Bürger vor. Selbst für Probebohrungen und seismische Untersuchungen muss der Grundstückseigentümer vorher lediglich in Kenntnis gesetzt werden, ohne Einspruchsrecht.

Was folgt daraus?

Es gilt in diesem Zusammenhang die gesetzliche Regelung, dass eine geschädigte Person beweisen muss, dass ein entstandener Schaden an Haus, Grundstück oder Gesundheit eindeutig auf die Fracking-Aktivitäten zurückzuführen ist (so bereits in mehrfach in Niedersachsen geschehen). Diese Beweisführung ist für einen einzelnen Bürger kaum möglich.

Treten Kontaminierungen des Bodens durch aufsteigende Gifte erst lange Zeit nach den Bohrungen auf und das ausführende Förderunternehmen existiert nicht mehr, so ist nach geltendem Recht der Grundstückseigentümer für die Entsorgung und Instandsetzung in vollem Umfang verantwortlich. Die Folgen für jeden einzelnen Betroffenen sind unabsehbar.

Das unglaublichste Resultat aus dem veralteten Bergrecht ist, dass für das Fracking in keiner Phase eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgeschrieben ist. Wie Landrat Harald Zanker anlässlich der Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative „kein Fracking“ am 29. Juni 2012 im Haus Vogtei richtig sagte, ist für den Bau jedes Golfplatzes, jeder Kaufhalle und ähnlichen Projekten eine Umweltverträglichkeitsprüfung zwingend vorgeschrieben, aber für dieses gefährliche Förderverfahren nicht. In diesem Zusammenhang ist das zögerliche und sogar ablehnende Verhalten der regierenden Parteien und Politiker zur Änderung des Bundesbergrechtes unverantwortlich und lässt Freiraum für Spekulationen über die Gründe ihres Verhaltens.

Das aktuelle Recht sieht keine Versagensgründe gegen das Fracking vor, wenn das beantragende Unternehmen bestimmte Kriterien erfüllt, die jedes

Förderunternehmen erfüllen kann. Somit kann ein einmal begonnenes Genehmigungsverfahren rechtlich nicht mehr gestoppt werden. Ein Verbot kann nur auf bundespolitischer Ebene ausgesprochen werden, und eine Änderung des Bundesbergrechtes kann auch nur im Bund beschlossen werden. Das ist auch der Grund dafür, dass sich die Bürgerinitiativen bundesweit vernetzen.

Aktuelle Entwicklungen

Am 6. September 2012 wurde in Berlin ein Gutachten von Bundesumweltminister Peter Altmaier und dem Präsidenten des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, vorgestellt, welches im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes erstellt wurde. Die Kernaussage des Gutachtens ist, dass die Methode des Frackings zwar nicht verboten werden müsse, sie aber nur mit strengen Auflagen zugelassen werden sollte. Erdgas-Fracking, welches in Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebieten durchgeführt wird, sollte vollständig verboten werden.

Das Gutachten enthält den Vorschlag, eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung einzuführen, was vom Präsidenten des Umweltbundesamtes besonders betont wurde. Beide Redner sprachen sich außerdem für eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit aus.

Generell wurde durch die Gutachter bemängelt, dass es an wissenschaftlich fundierten Kenntnissen zu den konkreten Auswirkungen der Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in Deutschland fehle. Dies gelte besonders für potentielle Auswirkungen auf das Grundwasser. Daher raten die Gutachter davon ab, Fracking derzeit großflächig in Deutschland einzusetzen. Es mangelt nach wie vor an vielen Daten zu den Lagerstätten, den Auswirkungen von Bohrungen sowie den eingesetzten Chemikalien. Die Gutachter empfehlen im Rahmen von behördlich und wissenschaftlich eng begleiteten Einzelvorhaben ein schrittweises Vorgehen. Weitgehende Transparenz fordern die Gutachter beim Einsatz von Chemikalien. Über deren Menge und Eigenschaften sollten vollständige Informationen vorliegen. Das gilt vor allem für ihr human- und ökotoxikologisches Gefährdungspotenzial. Zudem soll geklärt werden,

ob die Möglichkeit besteht, besorgniserregende Stoffe zu ersetzen. Solange relevante Daten zu den beim Fracking eingesetzten Stoffen fehlen, kann nach Ansicht der Gutachter auch keine Genehmigung erteilt werden.

Das Gutachten schlägt weiterhin mehrere Änderungen im Berg- und Verwaltungsrecht vor. Demnach soll es für jede Erdgasbohrung mit Einsatz der Frackingtechnologie eine Umweltverträglichkeitsprüfung geben. Ziel ist es, die Beteiligungsrechte der Betroffenen und der Öffentlichkeit zu stärken. Um den Schutz der Gewässer zu gewährleisten, raten die Gutachter, das Bergrecht so zu ändern, dass die wasserrechtlichen Prüfungen unter Federführung einer dem Umweltministerium unterstehenden Umweltbehörde erfolgen. Die umwelt- und sicherheitsrechtliche Genehmigung und Überwachung bergbaulicher Vorhaben sollte zudem dem Geschäftsbereich der Umweltministerien zugeordnet werden, um einen effizienten Umweltschutz durch eine funktionale und organisatorische Trennung vom Wirtschaftsressort zu gewährleisten. Die Vorschläge der Gutachter sollen nun intensiv geprüft und mit den Beteiligten diskutiert werden. Bundesumweltminister Peter Altmaier zeigte sich abschließend zuversichtlich, dass „eine für alle akzeptable Lösung der Fracking- Problematik“ gefunden werden wird.

Aufruf

Unser Thüringen ist das Grüne Herz in Deutschlands Mitte. Dieses Herz gehört nicht den Politikern und Konzernen, sondern allen Bürgern dieses Landes. Bitte interessieren Sie sich für dieses Thema!

Die regionalen Bürgerinitiativen veranstalten Informationstreffen mit Fachleuten und Politikern.

BI Fahner Höhe
www.bi-fahner-hoehe.de

BI „Kein Fracking“ Unstrut-Hainich
www.kein-fracking.de

Versammlung der BI „Kein Fracking“ jeden zweiten Dienstag im Monat 19.00 Uhr im Haus Vogtei in Oberdorla.

// Uwe Karmrodt
Bürgerinitiative „Kein Fracking“

Das Gutachten von Umweltbundesamt und Bundesministerium für Umwelt zum Thema „Umweltauswirkungen von Fracking“ können sie im Internet kostenfrei einsehen: www.umwelt-daten.de/publikationen/fpdf-1/4346.pdf

Muldentalbahn vor dem Aus?

Wenn ein Umweltverein einlädt, sollte auch die Chance bestehen, ohne Auto anreisen zu können. Bei den Naturkundlichen Wanderungen der GRÜNEN LIGA Osterzgebirge engen sich damit die am Wochenende erreichbaren Gebiete immer mehr ein. Eine Führung um Reichstädt? Noch vor wenigen Jahren auch sonntags problemlos von Dippoldiswalde erreichbar. Rehefeld? Nur selten mal durch einen Ski- und Wanderbus angeschlossen, den Tourismusunternehmen versuchen zu organisieren. Liebstadt? Schon seit längerem vom Wochenend-Busverkehr abgeschnitten. Fürstenaue? Oh, da ist seit Ewigkeiten sonntags kein Bus mehr gesichtet worden. Von den rund 50 Buslinien, die in und durch das (sächsische) Ost-Erzgebirge führen, sind über 30 nur noch wochentags in Betrieb - zur teilweise stundenlangen Beförderung von Schülern, vorbei an geschlossenen Schulen. Und selbst dort, wo es noch einen oder zwei Busse am Wochenende gibt, kann von einem attraktiven Angebot keine Rede sein. Beispiel Schellerhau - Zinnwald: Seit 1996 gehört die Route Georgenfelder Hochmoor - Kahleberg - Weißeritzwiesen zum Exkursionsprogramm des „Schellerhauer Naturschutzpraktikums“ der GRÜNEN LIGA. Anfangs war das sehr bequem: Die damals noch in der Jugendherberge Schellerhau untergebrachten Studenten stiegen gegen 8 Uhr in den Bus nach Altenberg, wechselten dort in den Anschluss nach Zinnwald, und 9 Uhr konnte die Wanderung starten. Ein paar Jahre später musste der Exkursionsbeginn um eine Stunde verschoben werden, weil der Anschluss nicht mehr klappte. Eine Stunde am Sonntagmorgen in Altenberg ist zwar kein Vergnügen, wird von umweltbewußten Besuchern der Region aber klaglos erduldet. Inzwischen jedoch funktioniert auch das nicht mehr. Wer als Schellerhau-Urlauber - oder eben als Teilnehmer des Naturschutzpraktikums - am Wochenende zu einer Wanderung von Zinnwald aus aufbrechen will, bekommt bei www.vvo-online.de die Fahrplanauskunft: „Es wurden keine zu Ihren Angaben passenden Verbindungen gefunden.“ Das Ost-Erzgebirge als Tourismusregion ausschließlich für Autoausflügler?

Abgesehen von der - sehr lobens- und unterstützenswerten - Initiative des Altenberger Wirtestammtischs für den Ski- und Wanderbus, spürt man wenig davon, dass diese Entwicklung den Verantwortlichen in unserer Region irgendwelche Sorgen bereitet. Als letztes Jahr etwa die traditionsreiche und nicht unbedeutende Buslinie Dresden - Dippoldiswalde - Frauenstein - Sayda - Olbernhau eingestellt wurde, hätte man eigentlich einen Aufschrei des Entsetzens erwarten können. Etliche Leute zwischen Rechenberg und Olbernhau kämpften tatsächlich um die kreisübergreifende Verbindung. Von den Kreisverwaltungen, den zuständigen Politikern oder auch den Tourismusverbänden kam beredtes Schweigen.

Und so dreht sich die Abwärtsspirale weiter. Weniger (gut aufeinander abgestimmte) Angebote - weniger Fahrgäste - weniger Einnahmen - höhere Preise - weniger Fahrgäste - weniger Einnahmen ... Wobei: am Geld kann's nicht in erster Linie liegen. Denn da gab's 2011 erst eine Erhöhung der Bundeszuschüsse von über sieben Millionen Euro gegenüber 2010.

Wer zahlt für den ÖPNV?

Rund 93 Prozent der knapp 600 Millionen Euro öffentlicher Gelder, die pro Jahr dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Sachsen zur Verfügung stehen, kommen vom Bund (Freie Presse, 21.7.2012). Wie alle Bundesländer erhält der Freistaat Finanzzuweisungen „zur Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr“ (Paragraph 1 des Regionalisierungsgesetzes) - die sogenannten **Regionalisierungsmittel**. Eigentlich sollten diese direkt an die Verkehrsverbände weitergegeben werden, die dann tatsächlich für die Organisation des ÖPNV zuständig sind. Andere Bundesländer führen tatsächlich über 90 Prozent so ihrer Zweckbestimmung zu. Sachsen unter Schwarz-Gelb hat offenbar andere Prioritäten: Im Vergleich zur bis Anfang 2011 geltenden ÖPNV-Finanzierungsverordnung kürzt die Staatsregierung in den Jahren 2011 bis 2014 beim ÖPNV insgesamt 132 Millionen Euro. Mit einer Weiterleitung von nur noch 73

Prozent der Bundesmittel liegt Sachsen nun an der letzten Stelle im Bundesvergleich (www.mobiles-sachsen.de). Deshalb wurden zum 1. November wieder kräftige Preiserhöhungen fällig, und das werden nicht die letzten sein. Es droht die weitere Ausdünnung der Busfahrpläne im ländlichen Raum auf reinen Schülertransport, außerdem die Abbestellung des Schienenverkehrs auf vielen Nebenbahnstrecken.

Besonders pikant bei der Streichorgie: Welches Bundesland wie viel vom Regionalisierungsmittelkuchen bekommt, bestimmt unter anderem die Dichte des Eisenbahnnetzes. Und da verschaffte das bis vor wenigen Jahren noch dichte sächsische Bahnnetz dem Freistaat einen sehr guten Platz an dem entsprechenden Geldtopf des Bundes. 2015 wird neu verhandelt. Je weniger Bahnstrecken es dann noch in Sachsen gibt, um so geringer werden künftig die Bundeszuschüsse ausfallen.

Sachsens Wirtschafts- und Verkehrsminister Sven Morlock, FDP, hat offenbar andere Prioritäten als den Öffentlichen Personenverkehr. Wer die Internetseite des sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr besucht, erfährt etwas darüber, wie der Minister gegen das Erneuerbare Energien-Gesetz zu Felde zieht und für eine „Absenkung der Stromsteuer auf europäisches Mindestniveau“ eintritt, eine Autobahnbaustelle besucht und sich versichern lässt, dass die Streusalzvorräte für Sachsens Straßen im kommenden Winter reichen werden. Zwei, drei Klicks weiter erfährt man immerhin: „Der Freistaat Sachsen setzt sich für einen leistungsfähigen ÖPNV auf Schiene und Straße ein. Es ist erklärtes Ziel der Verkehrspolitik, die Marktanteile des ÖPNV am Gesamtverkehr zu erhalten und auszubauen.“ Wenn man sich dann allerdings den Anfang Oktober von der Landesregierung beschlossenen Landesverkehrsplan anschaut (und die auch dort verteilten Nebelkerzen über die große Bedeutung des ÖPNV durchdringt), wird klar, dass genau das Gegenteil Realität ist.

Fortsetzung auf Seite 11

„Streuobst vereint Ökologie, Soziales, Ästhetik und Ökonomie“

Über die Ziele in der Projektarbeit der GRÜNEN LIGA Thüringen und die Bedeutung von Streuobstbeständen

Kurzprofil Björn Burmeister

Alter: 32

Kinder: 2

Beruf: Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektur (FH)

Hobbys: Fahrrad fahren

Liebblings-Reiseziel: Europa

Liebblings-Pflanze: Obsthochstamm

Liebblings-Tier: Wildkatze

Liebblings-Essen: viele, Hauptsache gut gewürzt

Liebblings-Getränk: Fruchtsaftschorlen

Liebblings-Musik: elektronisch

Liebblings-Film: viele, Hauptsache ist Glaubwürdigkeit

Liebblingsbuch: aktuell keins, aber sehr gern Illustrationen wie zum Beispiel Zeitgrafiken von Matthias Stolz

Lebensmotto: weniger ist oft mehr

Was stört Dich besonders: kurzfristige Denkweise

Mitglied der GRÜNEN LIGA Seit: kein Mitglied

Bisherige Posten bei der GRÜNEN LIGA: Projektmitarbeiter

Schönstes Erlebnis bei der GL: Freiheit in der Umsetzung der Projektarbeit

Deine Idee gegen die Klimazerstörung: Bescheidenheit

Kurzes Statement zur momentanen Situation des Umwelt- und Naturschutzes in der BRD:

Die BRD ist teilweise „Vorreiter“ im Umwelt- und Naturschutz im globalen Vergleich. Das ist aber zugleich Ansporn, sich nicht auszuruhen. Ich bin überzeugt, die BRD hat das finanzielle, technische und personelle Potential noch weiter zu sein. Auf dem Gebiet der Landbewirtschaftung sehe ich erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten, die kurzfristig erreichbar sind und angepackt werden müssen.

Foto: Björn Burmeister (links) bei der Präsentation von Streuobstprodukten, aufgenommen von Yvonne Scherbaum

Alligator: Du bist Projektmitarbeiter bei der GRÜNEN LIGA Thüringen – was sind dort deine Aufgaben?

Björn: Koordinierung des Projektes „ObstNatur in aller Munde – Entwicklung von Strategien für die Erhaltung und die Nutzung von Streuobstwiesen. Erstellung und Umsetzung eines Vermarktungskonzeptes für Thüringer Streuobstprodukte“. Dazu gehören das Betreiben und das Management unserer mobilen Mosterei und das Organisieren von Streuobstwiesenaktionen wie zum Beispiel von Obstbaumschnittseminaren. Die Zuarbeit und Unterstützung unserer Umweltbildungsarbeit, unter Einsatz unserer Apfelerlebniskisten und manuellen Saftpresen bis hin zur Entwicklung neuer Streuobstwiesenprodukte wie zum Beispiel einer Thüringer Bioapfelsaftschorle nur aus Direktsaft, Heidequellwasser und Kohlensäure.

Alligator: Was zeichnet Streuobstwiesen im Vergleich zu gewöhnlichen Obstplantagen aus?

Björn: Die hohe Artenvielfalt, aufgrund der vorhandenen oder sich mit der Zeit entwickelnden Habitatstrukturen. Die Obstbäume auf einer Streuobstwiese sind bei richtiger Pflege langlebiger. Plantagen bieten keine Vielfalt in ihrem Baumbestand. Auf der Streuobstwiese finde ich verschiedene Sorten unterschiedlichen Alters. In Plantagen wird oft mit Herbiziden und Fungiziden gespritzt. Auf einer bio-zertifizierten Streuobstwiese kommen keinen chemischen Mittel zur Ertragssteigerung zum Einsatz. Eine weitere Besonderheit ist die mögliche Unternutzung der Obsthochstämme durch zumeist Grünland, aber auch Ackerflächen, aufgrund des Kronenansatzes bei circa 1,80 Metern und den großen Abstand der einzelnen Bäume von mindestens 8,0 Metern.

Alligator: Streuobst nimmt in Deiner Arbeit einen großen Stellenwert ein. Was ist dir daran so wichtig und welche Bedeutung hat das Thema für den Naturschutz?

Björn: Die Streuobstwiese ist ein Biotop und gleichzeitig ein Kulturlandschaftselement. Die Nutzung und Entwicklung von Streuobstwiesen vereinigt für mich die sehr wichtigen Themen Ökologie, Soziales, Ästhetik und sogar Ökonomie. Naturschutz heißt bei mir Selbstschutz. Wir können die Streuobstwiese auf vielfältigste Art

nutzen und nicht zuletzt somit als Genpool erhalten.

Alligator: Was sind die kurz- und langfristigen Ziele deiner Projektarbeit?

Björn: Ein kurz- bis mittelfristiges Ziel meiner Projektarbeit ist es, mehr Streuobst zu vermarkten. Dadurch sollen langfristig Streuobstwieseneigentümer motiviert werden, ihr Obst zu nutzen oder einer Nutzung zuzustimmen. Denn nur durch die Nutzung werden wir die Wiesen und Obstbäume langfristig erhalten.

Alligator: Da Streuobstwiesen eine besondere Pflege benötigen, bietet ihr immer wieder Seminare und Pflegeeinsätze an. Ist das Interesse daran groß oder ist das Thema Streuobst noch nicht ins Bewusstsein der Öffentlichkeit vorgedrungen?

Björn: Das Thema ist in der Öffentlichkeit. Unsere Aufgabe ist es, es dort zu halten und bestenfalls zu verankern. Dazu dienen auch die Seminare und Pflegeeinsätze, die eine sehr positive Resonanz und Multiplikatorenwirkung zeigen. Eine dauerhafte Methode ins Bewusstsein der Menschen zu rücken, ist die Geschmacksvielfalt der Streuobstprodukte. Die vielen verschiedenen Streuobstsorten und ihre Aromen erzeugen bleibende Erinnerungen.

Alligator: Die GRÜNE LIGA Thüringen entwickelt gerade gemeinsam mit internationalen Partnern ein Ausbildungsmodul „Streuobst“. Was kann man sich darunter vorstellen und an wen soll es sich richten?

Björn: Das Projekt heißt: „European specialists of traditional orchards“. Das Ausbildungsmodul soll europäischen Standards entsprechen und bis zum Bildungsniveau von Hochschulen anwendbar sein. Anlass ist der drastische Verlust von traditionellem Handwerk und Wissen, der mit der geringen Anwendung in der generellen Praxis einhergeht. Das lässt sich in vielen Bereichen feststellen, so auch im modernen Obstbau. Die Bewahrung des Wissens und des Handwerks aus den Themenkomplexen Pflege und Bewirtschaftung, Pomologie, Vermarktung und Verarbeitung ist Zielstellung.

Alligator: Für die Vermarktung eurer Streuobstprodukte habt ihr eine eigene Firma ins Leben gerufen. Kannst du etwas darüber erzählen?

Björn: Die Firma GL ObstNatur UG (haf-

tungsbeschränkt) ist eine wirtschaftlich operierende Tochter der GRÜNEN LIGA Thüringen e.V. und vermarktet Streuobstwiesenprodukte. Die Firma wird mittelfristig in eine vollwertige GmbH überführt, einzige Gesellschafterin ist die GRÜNE LIGA Thüringen e.V. und wird durch die zwei Geschäftsführer, Grit Tetzl und mich, geleitet. Die Zukunft der Firma liegt im gesunden Wachstum der Qualität und Quantität der BIO-Streuobstprodukte.

Alligator: Wo siehst du dich und die Streuobst-Thematik in zehn Jahren?

Björn: In zehn Jahren möchte ich immer noch soviel Motivation zum Erhalt der Streuobstwiesen entfalten können. Die Blütezeit der Streuobstwiesen ist vorbei. Falls aber in zehn Jahren weiterhin so umfangreich Fördergelder aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds bereitgestellt werden, dann sollten Streuobstwiesen und moderne Obstplantagen zumindest in der ersten Säule und den daraus resultierenden Direktzahlungen gleichrangig bedacht werden.

Alligator: Und welche umweltrelevanten Themen sind dir außerdem wichtig?

Björn: Der Schutz unserer natürlichen Ressourcen.

Alligator: Vielen Dank für das Gespräch und weiterhin viel Erfolg.

// Das Interview führte
Julia Ellerbrok



BUVKO
2013
15.-17. März

19. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress in Berlin

Städte in Zukunft:
grün + mobil



Informieren, diskutieren und die Hauptstadt erleben für alle Akteure in den Kommunen

Infos + Anmeldung: UMKEHR und FUSS e.V., Tel. 030-492.74.73, info@buvko.de, www.buvko.de

Einladung zur Mitgliederversammlung 2013

Liebe Mitglieder
der GRÜNEN LIGA e.V.,

hiermit lade ich Euch im Namen des Bundessprecherrates der GRÜNEN LIGA herzlich zur Teilnahme an unserer ordentlichen Mitgliederversammlung 2013 ein. Sie findet am Sonnabend, dem 23. März 2013, in Berlin statt, Beginn: 10.00 Uhr, Stimmkartenausgabe 9.45 Uhr. Tagungsort ist der Robert-Havemann-Saal im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin.

Laut Beschluss des Bundessprecherrates hat jeder Regionalverband der GRÜNEN LIGA 7 Stimmen zur Mitgliederversammlung. Jede den Regionalverband vertretende Person hat eine Stimme. Stimmübertragung ist nicht möglich. Wer an der Mitgliederversammlung als Vertreter seines Regionalverbandes/Landesverbandes teilnehmen möchte, sollte sich bei seiner Landesgeschäftsstelle melden, dort werden die Teilnehmerlisten (siehe unten), die bis zum 28. Februar ausgefüllt an die Bundesgeschäftsstelle zurückzuschicken sind, geführt. Alle

anderen Mitglieder des Bundesverbandes (Einzel-/Gruppenmitglieder) haben auf der Mitgliederversammlung je eine Stimme und übermitteln ihre Teilnahmebestätigung bitte bis zum 28. Februar direkt an die Bundesgeschäftsstelle.

Auf der nächsten Seite findet Ihr die vorläufige Tagesordnung der Mitgliederversammlung. Soweit fachliche Anträge vorgelegt werden, wäre es gut, wenn sie bis spätestens 15. Januar die Bundesgeschäftsstelle erreichen, damit sie im Februar-Alligator zur breiten Diskussion gestellt werden können. Anträge, die die Bundesgeschäftsstelle bis zum 28. Februar erreichen, werden in die Tagungsmappe, die jeder Teilnehmer im Vorfeld der Mitgliederversammlung erhält, aufgenommen. Später eingereichte Anträge gehen den Teilnehmern als Tischvorlage am Tage der Mitgliederversammlung zu.

WICHTIG: Anträge auf Satzungsänderungen müssen mindestens acht Wochen vor der Mitgliederversammlung der Mitgliedschaft zugänglich gemacht

werden, Antragsteller sollten diese Frist unbedingt beachten und bis spätestens 18. Januar 2013 ihre Änderungsvorschläge zur Satzung an die Bundesgeschäftsstelle schicken, damit sie per Post an alle Mitglieder der GRÜNEN LIGA e.V. verschickt werden können.

Der BSpR stellt folgenden Antrag auf Satzungsänderung an die MV 2013: In § 12 Abs. 6 der Satzung erhält der zweite Satz folgende Neufassung: „Für Satzungsänderungen ist eine Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erforderlich; sie treten mit ihrer Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.“ Begründung: § 71 BGB. Der BSpR bittet die MV, dass dieser Beschluss (wenn er eine Mehrheit findet) erst im Zusammenhang mit einer weiteren Satzungsänderung in das Vereinsregister eingetragen wird, um den Verwaltungsaufwand gering zu halten.

Wir freuen uns über Euer Kommen und auf interessante Diskussionen.
Katrin Kusche

Teilnehmer/innenliste zur Mitgliederversammlung am 23. März 2013 in Berlin

Zu senden an die Bundesgeschäftsstelle, Fax: 030/2044468, E-Mail: bundesverband@grueneliga.de

Regionalverband

Lfd.

Nr. Name, Vorname und Anschrift (für Info-Versand)

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7

GRÜNE LIGA e.V. - Mitgliederversammlung 2013

Vorläufige Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalia (Moderatoren)
2. Politische Rede des Bundesvorsitzenden (Dr. Torsten Ehrke)
3. „Die Zukunft des DNR“ Vortrag und Diskussion mit dem neugewählten DNR-Präsidenten (Prof. Dr. Hartmut Vogtmann angefragt)
4. Tätigkeitsberichte
 - Bundessprecherrat und Bundesvorstand (N.N.)
 - Bundesschatzmeisterin (Ariane Steins-Meier)
 - Revisionskommission (Jörg Fuss, Hans-Otto Träger)
 - Schiedskommission (Gudrun Vinzing, Joahnn Staudinger, Norbert Wilke)
5. Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 4, Entlastungen
6. Anträge zur Vereinsentwicklung
 - Wahl Klaus Schlüters zum Ehrenvorsitzenden (Dr. Torsten Ehrke)
 - Anträge zur Satzung (BSpR s. S. 8, gegebenenfalls weitere)
 - Beitragsordnung (Ariane Steins-Meier/VertreterInnen Beitragskommission)
 - Wahlordnung (Dr. Torsten Ehrke)
7. Haushaltsplan und Beitragsordnung 2013 (Ariane Steins-Meier)
8. Inhaltliche Anträge
(s. dazu Hinweise S. 8)
9. Berichte der Bundeskontaktstellen (BKSt-Vertreter) und der Regionalverbände
 - Regionalverband Berlin (1 VertreterIn)
 - Regionalverband Brandenburg (1 VertreterIn)
 - Regionalverband Sachsen (1 VertreterIn)
 - Regionalverband Thüringen (1 VertreterIn)Die Berichte der Bundeskontaktstellen werden im Rahmen des schriftlichen Geschäftsberichts des Bundesverbandes entgegengenommen
10. Schlusswort



Foto: Die sieben gewählten Mitglieder des Bundessprecherrates, aufgenommen von Miriam Simon. Darüber hinaus gehören dem Bundessprecherrat die Delegierten der Regionalverbände an.

Michael Krieger

Das Gezwitscher der virtuellen Welt, Teil III: Macht und Freiheit im Internet

Braucht die Freiheit des Internets Grenzen, und wenn ja, welche?

Das Internet ist zu einer machtvollen Einrichtung gewachsen, die tief in die Denk- und Lebensweise der Menschen ausstrahlt und eingreift, aber auch in die politische Willensbildung auf allen Ebenen unserer Gesellschaft ihre Wirkung entfaltet. Entsteht durch das Internet eine neue Kategorie der Macht, und wenn ja, wer übt sie aus und wie kann man, beziehungsweise muss man sie demokratisch begrenzen?

Macht im Internet?

Macht, so steht es im Internet (Wikipedia) ist „einerseits die Fähigkeit, auf das Verhalten und Denken von Personen und sozialen Gruppen einzuwirken, andererseits die Fähigkeit, Ziele zu erreichen, ohne sich äußeren Ansprüchen unterwerfen zu müssen“.

Macht braucht immer jemanden, der sie ausübt, und jemanden, auf den sie ausgeübt wird. Der Machtausübende kann unterschiedlich legitimiert sein: durch ein demokratisches Mandat, durch physische Gewalt, durch psychische Manipulation, durch charismatische Einflüsse oder durch einen relevanten Vorsprung an Fähigkeiten, Informationen und Wissen.

Wer starke Zugänge im Internet besitzt, kann mit den von ihm gestreuten Informationen bestimmte Denkweisen verändern oder festigen, Diskussionen initiieren beziehungsweise einen bestimmten „Spin“ (Dreh) geben, Politiker, Manager oder Einrichtungen diskreditieren, Menschen bloßstellen und Karrieren ermöglichen oder beenden.

Im Internet – und das ist das Gute – kann grundsätzlich jeder frei agieren. Jedem stehen zumindest theoretisch

alle Möglichkeiten gleichermaßen zur Verfügung. Grenzen setzen allein die technischen Verfügbarkeiten, der Umgang mit dieser Technik, die Finanzierung der Nutzungskosten und womöglich noch eine gewisse Gesetzestreue, wobei es hier schon wieder knifflig zu werden droht.

Machtstrukturen etabliert das Internet durch Regeln, die den Zugang zu Informationen und Wissen regulieren und durch die Produktion von Wissen und Informationen. Macht haben die, die die Regeln setzen, aber natürlich auch die, die aufgrund ihres Wissens in der Lage sind, die Regeln zu brechen (zum Beispiel Hacker). Regeln können so gestaltet werden, dass nur bestimmte Nutzer Zugänge erhalten (Passwort). Aber im Internet gilt auch das Prinzip: Nichts besteht für ewig. So können auch nach einer gewissen Zeit durch Ausprobieren und Erlernen von technischen Kniffen die härtesten Sperrcodes umgangen werden. Fast schon im regelmäßigen Abstand hört man in den Nachrichten von „Sicherheitsproblemen“ bei Kreditkartenunternehmen oder Gemeindendiensten. Das Wissen der Welt vermehrt sich seit wir das Internet kennen in einer unglaublichen Geschwindigkeit. Zirka alle sieben Jahre ist es um das Doppelte angeschwollen.

Machtstrukturen lesen sich im Quellcode.

Das weltweite Netz hat seine ganz eigene Sprache. Diese muss beherrschen, wer lesbar kommunizieren will. Das Sichtbare, die Oberfläche des Internets sind dann die Seiten, Videos, Chats und Foren. Wer „tief hinein“ lesen kann, kann auch ausspähen, kann fremde Daten für seine Zwecke nutz-

bar machen und in diesen Daten hinein operieren. Im Internet dominiert das Englische. Die allermeisten Programmiersprachen und alle, die tatsächlich Anwendung finden, sind in Logik und Wortwahl dem Englischen entlehnt. Das Wissen über die lateinischen Schriftzeichen sowie über die englische Sprache ist unabdingbar, um Wissen im Netz nutzbar zu machen und vor allem, um es zu verändern!

Damit wird – zwar unabsichtlich – für den allergrößten Teil der Menschheit das Wissen unzugänglich und unveränderbar. Zwar gibt es auch Internetseiten auf Mandarin, Griechisch, Russisch, Hebräisch und Hindi, jedoch sind die lateinischen Schriftzeichen unverzichtbar, um auf diese Seiten zu kommen, nämlich über die Adresszeile und um sie zu programmieren. In dieser sind keine „Sonderzeichen“ erlaubt, also keine, die über das 26-Buchstaben-Alphabet hinausgehen bzw. inzwischen nicht über 29 Buchstaben (ä, ö, ü).

Wissensproduzenten, denen es gelingt, ihr Wissen im Internet gezielt „ihren“ Zielgruppen zur Verfügung zu stellen, haben eine machtvolle Position.

Warum? Weil sie einen Informationsvorsprung besitzen (eine Information, eine Analyse einer Information) und weil sie ihre Informationen in Echtzeit an die relevanten Nutzergruppen weiterleiten können, die diese dann wieder zu streuen vermögen (Schneeballeffekt). Diese nehmen Informationen auf beziehungsweise Meinungen zur Kenntnis. Ihnen wird eine Denkweise, eine Haltung oder ein Verhalten nahegebracht.

Braucht das Netz Regeln, die die Macht beschränken?

Die Frage, ob der Freiheit im Netz Grenzen gesetzt werden dürfen oder gar müssen, begleitet die Entwicklung des Internets von Anfang an. Diese Frage ist bislang nur unzureichend beantwortet. Das Auftauchen der Piratenpartei ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Unbehagens eines nicht geringen Teils unserer Gesellschaft, die massive Eingriffe des Staates in die Meinungs- und Handlungsfreiheit des Netzes befürchten, das mit dem derzeitigen Wieder-Abtauchen der Piraten nicht verschwinden wird. Was tun gegen Mobbing im Internet, gegen gezielte Verleumdung (siehe die Causa Bettina Wulff), gegen aggressive Shitstorms? Was ist hinzunehmen und was kann getan werden, um die Persönlichkeitsrechte Einzelner zu gewährleisten? Diese Debatte ist schwierig. Wir müs-

sen sie aber führen, zumal wir in ihr unser Freiheitsverständnis schärfen können.

Das Machtvolle am und im Internet ist das Diffuse, das nicht Greifbare. Es lässt sich eben nicht einfach ein Täter ausfindig machen, der mit seiner Tastatur jemanden erschlagen hat oder mit seiner Maus das Portemonnaie aus der Handtasche stiehlt. Gerade dieses nebelige Etwas macht es auch für das Recht und die Justiz so unglaublich schwierig, dagegen vorzugehen. Auch die Grundrechte (Schutz der Wohnung und Privatsphäre) sind strenge Güter, die ihre absolute Legitimität haben. Doch wo endet diese Übergangswelt zwischen dem, was im Netz passiert und niemanden schadet, und der Ausstrahlung auf das Hier und Jetzt? Was sind Freiheitsrechte im Internet und wo finden sie legitime Grenzen? Auch

uns als ein Umweltverband, der seine Wurzeln in der Freiheitsbewegung der DDR hat, steht es gut zu Gesicht, diese Debatte zu führen. Für uns ist Freiheit ein hoher Wert und jede Eingrenzung muss sich aus anderen demokratischen Grundrechten heraus legitimieren lassen. Die GRÜNE LIGA sollte sich an diesen Debatten intensiv beteiligen, denn in ihrem Ergebnis werden auch unsere Freiheitsräume definiert.

In der nächsten Folge: Kann das Internet einen der Natur vergleichbaren optimalen Status erreichen? Kann es den Natur- und Umweltschutz stärken, das Engagement der Menschen aktivieren und unterstützen? Kritische oder zustimmende Anmerkungen an: internet.welt@grueneliga.de

// Michael Krieger

Fortsetzung von Seite 5:

Die Grüne Verkehrspolitiklerin Eva Jähnigen stellt dazu fest: „Offenbar hat Verkehrsminister Morlok einen Verkehrsplan vorgelegt, der nur eine Aufgabe hat: die Kürzungen beim Öffentlichen Verkehr und weiterhin die zu hohen Ausgaben bei Straßenneubau im Haushalt zu rechtfertigen. Mit falschen Annahmen kommt der Landesverkehrsplan zu falschen Schlussfolgerungen. Die schwerwiegendste dieser falschen Schlussfolgerungen ist der sogenannte Rot-Gelb-Grün-Plan für die vorhandenen Bahnangebote. Die Regierung meint, dass Bahnangebote ‚abseits der Oberzentren‘ wegen momentan niedriger Fahrgastzahlen generell unrentabel seien. Sie sollen ‚zugunsten wirtschaftlicher Busverkehre oder alternativer Bedienformen ... ersetzt‘, also stillgelegt werden.“

Zu den „roten“ Bahnstrecken gehört unter anderem die Freiburger Muldentalbahn oberhalb von Mulda. Die Freiburger Eisenbahngesellschaft, deren Züge zwischen Freiberg und Holzgau verkehren, scheint sich zwar sicher zu sein, noch bis 2019 entsprechend ihres Vertrages mit dem Verkehrsverbund Mittelsachsen die Strecke bedienen zu können. Doch bei einigen Lokalpolitikern gingen trotzdem die Alarmsignale an. Zu denen gehört Karl-Heinz Man-

tau, Kreisrat aus Rechenberg-Bienenmühle. Interessanterweise mit FDP-Mandat. Er hat seinen Parteikollegen Morlock zu einer Informationsfahrt auf die Muldentalbahn eingeladen. Das war bereits im Juli, eine Zusage des Ministers gab es seither noch nicht.

Eva Jähnigen, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, hingegen kam am 11. November mit der Freiburger Muldentalbahn ins Ost-Erzgebirge, um sich über die Initiativen der Region informieren, für den Erhalt der Strecke zu kämpfen. Die GRÜNE LIGA Osterzgebirge hatte zu einer Bahnfahrt plus Wanderung eingeladen. Trotz strömenden Herbstregens nahmen zwei Dutzend Interessenten daran teil, denen die Zukunft dieser Strecke genauso wichtig ist wie ein insgesamt umwelt- und touristenfreundliches ÖPNV-Angebot in der Region. Noch konnte die GRÜNE LIGA Osterzgebirge ihre naturkundliche Wanderung im November 2012 so organisieren, dass die meisten ohne Auto zum Ausgangspunkt kamen. Wenn es nach dem Willen der Landesregierung geht, werden sich die Orte im oberen Tal der Freiburger Mulde vielleicht einreihen müssen in die lange Liste der Osterzgebirgsorte, die am Wochenende nur noch im eigenen Blech zu

erreichen sein werden.

Übrigens: Die Muldentalbahn war bis 1945 Teil einer damals recht bedeutsamen, grenz-

überschreitenden Verbindung zwischen Most/Brüx und Freiberg. Auf der tschechischen Seite besteht heute noch die Bahnstrecke bis Moldau/Moldava, die sich teilweise abenteuerlich den steilen Osterzgebirgssüdabhang hinaufwindet. Technischer Zustand und Auslastung sind allerdings inzwischen auch besorgniserregend. Die tschechischen Eisenbahnfreunde hoffen immer noch, dass sich die deutsche Seite irgendwann entschließen würde, die Lücke zwischen Holzgau und Moldau wieder zu schließen. Der Bahndamm existiert noch. Dann würde sich sicher auch eine Sanierung auf der Südseite wieder lohnen. Die Tourismusregion Ost-Erzgebirge wäre um eine Attraktion reicher, vor allem aber um ein wichtiges Band zwischen Nachbarn, die voneinander immer noch viel zu wenig wissen.

// Jens Weber



Foto: Start der naturkundlichen Wanderung am Bahnhaltepunkt Nassau-Ölmühle, von der GRÜNEN LIGA Osterzgebirge

Dr. Anton Hofreiter, Rüdiger Herzog

Den Bundesverkehrswegeplan aufs richtige Gleis setzen

Foto: „Bürgerwille, Vernunft, Lebensraum – unter der B2 begraben“, aufgenommen von Rüdiger Herzog

Kommunal- und Bundespolitiker wie auch Bürgerinitiativen, Umweltverbände und andere Interessenvertreter verbinden mit dem Wort Bundesverkehrswegeplan (BVWP) zumeist die Planung einer Ortsumfahrung in unmittelbarer Umgebung. Zu Recht, denn der BVWP aus dem Jahr 2003 ist im Wesentlichen ein Sammelsurium von Straßenprojekten. Darüber hinaus findet man zahlreiche Schienengroßprojekte und überdimensionierte Wasserstraßenbauvorhaben in diesem Planwerk. Er spiegelt die „Gefechtslage“ zur rotgrünen Regierungszeit. Die Landesregierungen haben viele ihrer Wünsche durchgesetzt. Abgeordnete brachten Ortsumfahrungen aus „ihrem“ Wahlkreis im BVWP unter. Der damalige Kanzler Gerhard Schröder setzte die „Kanzlerautobahn“ fest und die Grünen konnten zumindest Prüfaufträge und Bedingungen für einzelne Projekte verankern.



telt werden, welche Mobilitätsbedürfnisse überhaupt existieren. Verkehrsbelegungen und Prognosen dürfen nicht länger Betriebsgeheimnisse sein. Sie müssen in der Öffentlichkeit diskutiert und bewertet werden, nicht in Hinterzimmern von Verkehrsministerien. Transparenz und Bürgerbeteiligung sichert Akzeptanz für Verkehrsprojekte. Das erspart Verzögerungen in späteren Planungsschritten.

Darüber hinaus erhöht sich die Planungsqualität, wenn die Öffentlichkeit frühestmöglich und ernsthaft einbezogen wird. Denn Bürgerinnen und Bürger wie auch Nichtregierungsorganisationen bereichern Planungsprozesse durch außergewöhnliche Spezialkenntnisse und unkonventionelle Anregungen.

Eine besondere Rolle bei der Aufstellung einer Bundesmobilitätsplanung sollte die Diskussion der Umweltbelange spielen. Das rechtliche Instrument dafür existiert bereits – die Strategische Umweltprüfung. Auch hier ist die Öffentlichkeitsbeteiligung eine Selbstverständlichkeit. Teil dieser Prüfung ist zunächst die Fragestellung, welcher Verkehrsträger für welche Bedarfe in Frage kommt. Ist für eine mögliche Bedarfssteigerung auf der Relation zwischen A und B die Straße, Schiene oder Wasserstraße der geeignetste Verkehrsträger?

Diesmal müssen ernsthafte Prioritäten gesetzt werden. Sinnvoll wäre beispielsweise, den wesentlichen Anteil der Mittel für den Erhalt und Neubau von Fernstraßen auf ein Kernnetz zu konzentrieren. Denn der Fernverkehr wird vor allem auf wenigen Autobahnen abgewickelt.

Die meisten der über eintausend Ortsumfahrungen des bisherigen BVWP dagegen würden im Wesentlichen Regionalverkehr tragen. Doch das ist keine originäre Aufgabe des Bundes.

zu den Verkehrsbelegungen nicht zugänglich, so dass die Nutzen-Kosten-Rechnung einer Black Box gleicht. Andererseits sind methodische Fehler bekannt. Beispielsweise ist der induzierte Verkehr auf der Kostenseite nicht ausreichend berücksichtigt. Darüber hinaus wird der so genannte besondere naturschutzfachliche Planungsauftrag, auch als „Ökosternchen“ bezeichnet, für Vorhaben in besonders sensiblen Naturräumen nur formal abgearbeitet und hat nur geringe Relevanz für die weitere Projektplanung.

Der BVWP ist völlig unterfinanziert. Die jährlichen Investitionen sinken sogar leicht. Für Neu- und Ausbau im Fernstraßennetz sowie zu dessen Unterhaltung stehen etwa fünf Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Dabei wird allein der Unterhaltungsbedarf auf dreieinhalb Milliarden Euro geschätzt. Nur die Neu- und Ausbauprojekte im Vordringlichen Bedarf des BVWP machen nach einer Kostenschätzung von 2001 rund 47 Milliarden Euro aus; Kostensteigerungen nicht inbegriffen. Für die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße stellt sich die Situation noch dramatischer dar.

Eine zukunftsfähige Mobilitätsplanung auf Bundesebene ist längst überfällig. Spätestens wenn der aktuelle BVWP im Jahr 2015 ausläuft, sollte eine Bundesmobilitätsplanung an seine Stelle treten. Am Anfang der Verkehrswegeplanung muss transparent ermit-

Dem BVWP fehlt eineverkehrsträgerübergreifende Betrachtung, wie sie eine Strategische Umweltprüfung erfordert hätte. Die Kohlendioxidbilanz des Verkehrs wird in den einzelnen Projektplanungen wie auch in der Bundesverkehrswegeplanung noch völlig ignoriert, obwohl gerade der Verkehr das Sorgenkind des Klimaschutzes ist. Die volkswirtschaftlichen Aussagen im Rahmen des BVWP muss man kritisch betrachten. Einerseits sind die Grundlagendaten

schutzes ist. Die volkswirtschaftlichen Aussagen im Rahmen des BVWP muss man kritisch betrachten. Einerseits sind die Grundlagendaten

Foto: Luftaufnahme der Baustelle Dreieck Nuthetal, aufgenommen von Rüdiger Herzog



Priorität müssen künftig die „Flaschenhalse“, nicht die Prestigeprojekte, erhalten. Engpässe sind im Schienenverkehr beispielsweise die Knoten, die dringend ausgebaut werden müssen. Nicht länger können wir uns die bisher verfolgte Neu- und Ausbaustrategie leisten. Vielmehr muss die bröckelnde Infrastruktur erhalten werden. Und die Umwidmung von Verkehrsachsen, die keine wichtige Fernverkehrsfunktion haben, darf kein Tabu sein.

Selbstverständlich sollte auch die Finanzierbarkeit eines künftigen Mobilitätsplanes sein. Entsprechend „ehrlich“ muss die Projektliste sein. Auch das schafft Planungssicherheit vor Ort und in den Regionen, denn Betroffene, Umweltverbände, Kommunal- und BundespolitikerInnen sowie Gewerbetreibende sollen Gewissheit haben, ob ein Verkehrsprojekt überhaupt gebaut werden kann. Wir müssen also weg von den unrealistischen „Wünsch-dir-was-Listen“ der bisherigen Bundesverkehrswegepläne. Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) gelten für das Verkehrsministerium als zukunftssträchtiges Instrument, um Autobahnen aus-

zubauen oder Tunnel zu sanieren. Tatsächlich können mit ÖPP zusätzliche Verkehrsprojekte in einer Legislaturperiode angepackt werden; allerdings mit höheren Kosten für die öffentliche Hand und unter Belastung künftiger Bundeshaushalte.

Die Bundesregierung bekennt sich tatsächlich zu mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes. Inwieweit dies Lippenbekenntnisse sind, wird sich zeigen. Zweifel an der Ernsthaftigkeit sind durchaus berechtigt, wenn man die Sonntagsreden zur Öffentlichkeitsbeteiligung mit den Initiativen der Bundesregierung abgleicht: Das Planungsvereinheitlichungsgesetz von Innenminister Friedrich zementiert nur den unzulänglichen Status quo, beispielsweise die Möglichkeit auf einen Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren zu verzichten. Das Handbuch Bürgerbeteiligung von Verkehrsminister Ramsauer ist ein Sammelsurium von Möglichkeiten, wie kritische Großprojekte den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern schmackhaft gemacht werden sollen (siehe

auch Alligator Seite 15). Und die Novellierung des Umweltrechtsbehelfsgesetz durch Umweltminister Altmaier ist in Sachen Bürger- und Verbandsbeteiligung eine Rolle rückwärts.

Eins ist jetzt schon klar. Die „Wünsch-dir-was-Mentalität“ wird durch die Bundesregierung gefüttert. Sie forderte die Bundesländer auf, Wunschlisten ihrer Lieblingsstraßenprojekte zu erstellen. Noch bevor Verkehrsszenarien erstellt und Ziele für eine nachhaltige Mobilität formuliert wurden, sollen die Länder ihre Wünsche bis zum Sommer 2013 äußern. Damit liegen kurz vor der Wahl bereits endlose Listen vor, die politisch schwer von der künftigen Bundesregierung wieder abzuräumen sind. Offenbar will Verkehrsminister Ramsauer noch kurz vor der Wahl politisches Kapital aus diesen Meldungen schlagen. Höchste Zeit, sich als BürgerInnen, Verbände und Fraktionen in die Bundesverkehrswegeplanung einzumischen.

// Dr. Anton Hofreiter und Rüdiger Herzog

Dr. Anton Hofreiter ist Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Bundestag und Fraktionsmitglied bei Bündnis 90/Die Grünen. Rüdiger Herzog ist Vorsitzender der NaturFreunde Brandenburg und Hofreiters Büroleiter.

Europäische Mobilitätswoche 2012

Eindrücke vom Park(ing) Day, den Bike Shorts und der Fahrrad-Demo

„Bewegt euch in die richtige Richtung“ – lautete das Motto der diesjährigen Europäischen Mobilitätswoche vom 16. bis 22. September, an der offiziell über 2.000 Städte in ganz Europa teilnahmen. Die Stadt Leipzig leider nicht. Dennoch stellte der Leipziger Umweltverein Ökolöwe gemeinsam mit vielen Partnern innerhalb der Aktionswoche allerlei Veranstaltungen auf die Beine.

Den Auftakt bildete der Kurzfilmabend „Bike Shorts“, bei dem Ökolöwe und rad3 ein Kurzfilmprogramm rund ums Thema Fahrradkultur in all seinen Facetten zeigten.

Weiter ging es am 21. September mit dem Park(ing) Day. An 15 Orten in Leipzig wurden für einen Tag Parkplätze in vielfältig gestaltete Parks verwandelt; Freiräume geschaffen, wo

sonst Fahrzeuge stehen. Im Park des Ökolöwen konnten die Passanten auf dem Rollrasen ein Plätzchen im Grünen einnehmen, gemeinsam Tischtennis spielen oder im Radboxenstopp ihren Drahtesel flott machen.

Höhepunkt der Woche war die gemeinsame Fahrrad-Demo mit dem ADFC, an der fast 300 Radlerinnen und Radler teilnahmen. Das Motto hieß "10 Euro für den Radverkehr". Die Forderung: Zehn Euro sollen in Leipzig pro Jahr und Bürger für den Radverkehr bereitgestellt werden – von Kommune, Land



Foto: Fahrrademonstration, aufgenommen vom Ökolöwen

und Bund. Am Ziel angekommen wurde zünftig gefeiert, mit guter Musik, leckerem Essen & Trinken, eingebettet in ein "grünes Partykonzept", bei dem der Strom auf Rädern selbst erzeugt werden musste.

// Matthias Uhlig



Wende überall? Von Vorreitern, Nachzüglern und Sitzenbleibern

Ganz bewusst hat der Herausgeber das Fragezeichen im Titel plazierte, denn obwohl heutzutage scheinbar an allen Ecken über Umwelt, Klimaschutz und Nachhaltigkeit diskutiert wird, muss man den Fortschritt dieser Entwicklung in Deutschland doch differenziert betrachten. Hierzu liefert „Wende überall?“, das „Jahrbuch Ökologie 2013“ nicht nur sehr detailreiche Kurzbeiträge, die Bereiche und Institutionen vorstellen, welche sich im Hinblick auf die dringend notwendige Wende im Umgang mit der Ökologie als Vorreiter (zum Beispiel Solartechnik), Nachzügler (zum Beispiel der Finanzsektor) oder Sitzenbleiber (zum Beispiel der Meeresschutz) hervorgetan haben. Das Sachbuch dringt noch tiefer in die Materie ein und erläutert, warum ein radikales Umdenken in der Politik sowie in den Köpfen jedes Einzelnen schwierig zu vollziehen ist, warum individueller Aktivismus und Bürgerengagement wichtig sind und welche Rolle Emotionen und Bildung dabei spielen können. Die Beiträge wurden von verschiedenen Autoren verfasst und sind größtenteils leicht verständlich, zwar knapp gehalten, aber doch sehr informativ. „Wende überall?“ beschönigt die Realität nicht, sieht aber dennoch Hoffnung auf eine Wende und ruft uns daher alle zum Handeln auf, um dieses Ziel rechtzeitig zu erreichen.

// Julia Ellerbrok

Heike Leitschuh, Gerd Michelsen u.a. (Hrsg.): „Wende überall? Von Vorreitern, Nachzüglern und Sitzenbleibern“, S. Hirzel Verlag Stuttgart, 256 Seiten, 21,90 Euro



2052 - Der neue Bericht an den Club of Rome

Jorgen Randers, Autor des Werkes „2052“, hat bereits in der Vergangenheit Erfahrungen auf dem Gebiet der Zukunftsforschung gesammelt, als er vor 40 Jahren an „Die Grenzen des Wachstums“ mitgeforscht und -geschrieben hat. In seinem neuen Buch stellt er dem Leser nun eine globale Prognose für die kommenden 40 Jahre vor. Dabei stützt er sich vor allem auf detailreiche, von Experten für ein bestimmtes Fachgebiet verfasste Zukunftsszenarien, die mal mehr, mal weniger pessimistisch ausfallen und vom Autor kommentiert in regelmäßigen Abständen das Buch durchziehen. Diese Beiträge bilden neben Statistiken, Einzel- und Reiseberichten sowie Analysen aktueller Prozesse die Hauptgrundlage von Randers Zukunftsprognose. „2052“ legt das Hauptaugenmerk auf die Entwicklung der großen Lebensbereiche „Bevölkerung und Konsum“, „Energie“ und „Ernährung“ sowie die wissenschaftlich schwerer zu erfassenden Themen „Nicht-materielle Zukunft“ und „Zeitgeist“. Dabei wird Randers nicht müde zu erwähnen, dass das 21ste Jahrhundert zwar keine rosige Zukunft, aber dennoch Hoffnung für uns bereithält. Mit „2052“ möchte Jorgen Randers dem Leser vor Augen zu führen, dass, wenn überhaupt noch etwas an unserer aller Zukunft geändert werden kann, es jetzt in die Wege geleitet werden muss.

// Julia Ellerbrok

Jorgen Randers: „2052 – Der neue Bericht an den Club of Rome“, oekom Verlag, 430 Seiten, 24,95 Euro



Kasperl und der Schwarzblaue Bläuling

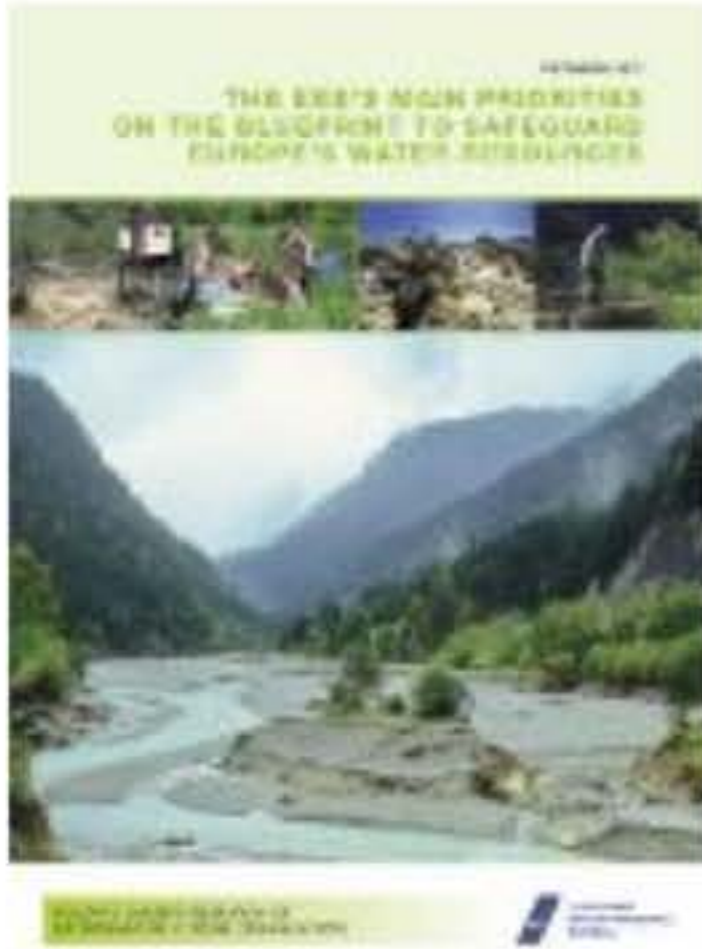
Die bairische Kinderhörspiel-Komödie von Richard Oehmann und Josef Parzefall erzählt von einem ereignisreichen Tag im Leben der Freunde Kasperl und Seppl, in dessen Verlauf die beiden, auf der Flucht vor der Arbeit, nicht nur den königlichen Teddybären aus den Fängen des Zaubers retten, sondern auch das Überleben des sprechenden Schmetterlings Norbert sichern, der der bedrohten Art „Schwarzblauer Bläuling“ (im Fachjargon: „Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling“) angehört. Das besondere bei diesem Hörspiel ist, dass die Figuren ab und zu ganz nebenbei kindergerecht ökologisches Wissen einstreuen. Dies macht zwar nur einen kleinen Teil der Geschichte aus, aber Kinder, deren Interesse dadurch geweckt wird, können mit Hilfe eines Faltblattes, das der CD beilegt ist, noch einiges mehr über den seltenen Schmetterling erfahren.

Sowohl das sehr musikalische Hörspiel selbst als auch das bunte Booklet, das Portraits aller Figuren und einer Landkarte von Kasperl's Welt enthält, sind liebevoll gestaltet und werden wohl vor allem relativ kleine Kinder ansprechen – sofern sie den Bairischen Dialekt verstehen.

// Julia Ellerbrok

Richard Oehmann, Josef Parzefall: „Kasperl und der Schwarzblaue Bläuling“, Doctor Döblingers geschmackvolles Kasperltheater, 64 Minuten Laufzeit, 12,95 Euro

„Blueprint“-Broschüre jetzt im Webshop erhältlich



Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat gemeinsam mit der Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA die englischsprachige Broschüre „The EEB's Main Priorities on the Blueprint to Safeguard Europe's Water Resources“ herausgegeben. Die Broschüre präsentiert und erläutert fünf Punkte, die nach Meinung des EEB und der GRÜNEN LIGA dringend in den Planungen und Vorschlägen zum Schutz der europäischen Wasserressourcen enthalten sein müssen, die die Europäische Kommission Ende 2012 verabschiedet wird.

Neues vom Netzwerk SoliMob

Seit August 2012 ist die GRÜNE LIGA Trägerorganisation für das neu gegründete Netzwerk „Solidarische Mobilität“, das sich den Lesern in der letzten Alligator-Ausgabe vorgestellt hat. Seitdem hat sich bei SoliMob einiges getan. Bereits Anfang Oktober fand in Berlin der Gründungsratschlag des Netzwerks statt, auf dem sich rund 60 Interessierte trafen, über Ziele und weitere Vorgehensweisen diskutierten und sich in Arbeitsgruppen organisierten. Nur einen Monat später wurde eine erste Protestaktion in die Tat umgesetzt (s. Foto). Die Vorstellung eines „Handbuchs für eine gute Bürgerbeteiligung“ durch Verkehrsminister Ramsauer nahmen die SoliMob-Aktivist*innen zum Anlass, vor dem Bundesverkehrsministerium in einem kleinen Straßentheater zu demonstrieren, wie wenig Beachtung Bürger*innen vorschlägen geschenkt werden wird. Bereits für den März nächsten Jahres plant das Netzwerk einen zweiten Ratschlag im Rahmen des Bundesweiten Umwelt- und Verkehrskongresses (BUVKO) 2013. Auf der Homepage www.solimob.de wird das Netzwerk Solidarische Mobilität über alle weiteren Aktionen und Treffen informieren.



// Julia Ellerbrok



Foto: ein als Ramsauer verkleidetes SoliMob-Mitglied zerreißt fiktive Bürgereinreichungen, aufgenommen von Klaus Ihlau

Termine

Bundessprecherrat der GRÜNEN LIGA

11. Januar 2013, 14:00 Uhr
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin
Greifswalder Straße 4

Seminar der BKSt. Wasser der GRÜNEN LIGA

Themen: Hochwasserschutz, EU-Strukturfonds, Gewässerschutz
Anfang/Mitte Februar
Mecklenburg-Vorpommern
Näheres folgt auf www.wrrl-info.de

2. Ratschlag „Solidarische Mobilität“ auf dem BUVKO 2013

15. - 17. März 2013
Technische Universität, Berlin
Straße des 17. Juni 135
Näheres auf www.solimob.de unter „Termine“

Mitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA

23. März 2013, 10:00 Uhr
09:45 Uhr Stimmkartenausgabe
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin
Greifswalder Straße 4
Näheres siehe Seite 8

Viele weitere Termine von den regionalen Gruppen der GRÜNEN LIGA sind auf unserer Homepage www.grueneliga.de zu finden.

Markt

Über die GRÜNE LIGA Bundesgeschäftsstelle zu beziehen (siehe Menüpunkt „Shop“ auf www.grueneliga.de):

Positionspapier „Water for Life“ 12 Seiten A4, auch auf Englisch erhältlich, VK: Versandkosten

Broschüre „Anleitung Lärmspaziergang“ 26 Seiten A5, VK: 2,50 EUR zzgl. Versandkosten

Umweltbibliotheken-Wegweiser (2. Auflage): VK: 6,54 EUR zzgl. Versandkosten

Alligator (Filzpuppe), Wäschezeichen mit GRÜNE LIGA-Logo und Schriftzug www.grueneliga.de VK: 5,25 EUR zzgl. Versandkosten

Ringelblumensalbe, Johanniskrautsalbe, Beinwellsalbe, Dose mit GRÜNE-LIGA-Logo: VK: je 3,25 EUR zzgl. Versandkosten

Notizblock mit GRÜNE LIGA-Logo, Größe: ca. 8 x 14,8 cm, mit Magnetstreifen zum Anhängen, zum Beispiel am Kühlschrank. VK: 2,00 EUR (1,80 EUR für GRÜNE LIGA-Mitglieder ab fünf Stück) zzgl. Versandkosten

Bundesverband

GRÜNE LIGA e.V.

Bundesgeschäftsstelle (BGSt)
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
☎: 030/2044745
☎: 030/2044468
✉: bundesverband@grueneliga.de
oeffentlichkeitsarbeit@.....
material@grueneliga.de
alligator@grueneliga.de

Bundeskontaktstellen/ Facharbeitskreise:

BKSt. Agro-Gentechnik
Torsten Kohl
c/o GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400
✉: dresden@grueneliga.de

BKSt. Gesteinsabbau
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

BKSt. Internationale Arbeit
Annette Baumann
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin
☎: 030/443391-70 ☎: -75
✉: gl.internat@grueneliga.de

BKSt. INTERNET.welt
Michael Krieger
c/o Bundesgeschäftsstelle
☎: 0170/9064589
✉: internet.welt@grueneliga.de

BKSt. Nach. Reg. Entwicklung
Tomas Brückmann
c/o ÖKOLÖWE (s.u. Sachsen)
✉: Tomas.Brueckmann@grueneliga.de

BKSt. Pflanzenöl
Michel Matke
c/o INOEL Pflanzenöltechnik
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/30654 20
☎: 0341/30654-21
✉: sachsen@grueneliga.de

BKSt. Verkehr u. Siedlungsentwickl.
Fritjof Mothes / Dr. Torsten Bähr
Hinrichsenstraße 3
04105 Leipzig
☎: 0341/2111800
✉: verkehr@grueneliga.de

BKSt. Wasser
Michael Bender
c/o Bundesgeschäftsstelle
✉: wasser@grueneliga.de
☎: 030/40 39 35 30

BKSt. Umweltbibliotheken
Katrin Kusche
c/o Bundesgeschäftsstelle

Facharbeitskreis Landwirtschaft
heute & morgen, Jens Heinze
c/o Umweltbildungshaus
Johannishöhe
✉: jens@johannishoehe.de

Facharbeitskreis Ökologischer
Landbau und Tourismus
Matthias Baerens, s. u. ECEAT
✉: baerens@baerfuss.de

Weitere Mitgliedsgruppen:

BI Kein Giftmüll nach Nessa
Uwe Claus
✉: kein-giftmuell-in-nessa@arcor.de

Bundesverband Pflanzenöle e.V.
Quenteler Straße 10, 34320 Söhrwald
☎: 05608/35 24
✉: info@bv-pflanzenoele.de

ECEAT Deutschland e.V.
Möwenburgstraße 33
19006 Schwerin

GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400
✉: dresden@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Osterzgebirge e.V.
Große Wassergasse 9
01744 Dippoldiswalde
☎: 03504/618585
✉: osterzgebirge@grueneliga.de

Naturschutzstation Zippendorf e.V.
Am Strand 9
19063 Schwerin
☎: 0385/2013052 ☎: -2075571
✉: Naturschutzstation.Zippendorf@t-online.de

Netzwerk der Initiativgruppen
Gesteinsabbau e.V.
Uli Wieland
Lutherstraße 63
07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

Umweltbildungshaus
Johannishöhe, 01737 Tharandt
☎: 035203/3 71 81
☎: 035203/3 79 36
✉: info@johannishoehe.de

Regionalverbände

GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
☎: 030/443391-0 (Zentrale)
☎: 030/443391-33
✉: berlin@grueneliga.de

Grünes Haus für Hellersdorf
Boitzenburger Straße 52 - 54
12619 Berlin
☎: 030/56499892
☎: 030/56499950
✉: gruenes.haus@alice.de

ALLIGATOR, c/o GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“ A14 600

Bezirksgruppe Weißensee/
BAUM, c/o Petra König
Aubertstraße 37
13127 Berlin
☎: 030/9253070
☎: 030/96793079
✉: koenig.petra@berlin.de

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Potsdam
Haus der Natur
Lindenstraße 34
14467 Potsdam
☎: 0331/20 155 20 ☎: -22
✉: potsdam@grueneliga.de

Umweltgruppe Cottbus
Straße der Jugend 94
03046 Cottbus
☎: 0355/4837815
✉: umweltgruppe@web.de
✉: www.lausitzer-braunkohle.de

GRÜNE LIGA Meckl.-Vorp.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Schwerin
Postfach 010243
19002 Schwerin
✉: mecklenburg-vorpommern@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Schützengasse 18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 350 ☎: -450
✉: sachsen@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Chemnitz
Henriettenstraße 5
09112 Chemnitz
✉: chemnitz@grueneliga.de

Regionalbüro Leipzig
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V.
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/3 06 51 85 ☎: -79
✉: info@oekoloewe.de

Regionalbüro Oberlausitz
Czornebohstraße 82 -
Sternwarte, 02625 Bautzen
☎: 03591/605860
☎: 03591/607050
✉: oberlausitz@grueneliga.de

GRÜNE WELLE Umweltverein e.V.
Straße der Einheit 18
04769 Naundorf
☎: 03435/920089
☎: 03435/931751
✉: gruene.welle@grueneliga.de
✉: www.gruene-welle.org
GRÜNE LIGA Hirschstein e.V.
Neuhirschsteiner Straße 25
01594 Hirschstein
✉: hirschstein@grueneliga.de

Büro GRÜNE LIGA Westsachsen e.V.
Stiftstraße 11, 08056 Zwickau
☎: 0375/27119634
☎: 0375/27119635
✉: GL.Westsachsen@Arcor.de

Initiativgruppe Grüne Aktion
Westerzgebirge e.V.
PSF 1239, 08306 Eibenstock
☎: 037752/55952

GRÜNE LIGA Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Weimar
Goetheplatz 9b, 99423 Weimar
☎: 03643/4 92 796
☎: 03643/49 27 97
✉: thuringen@grueneliga.de

Büro Arnstadt
IG Stadtökologie Arnstadt e.V.
An der Liebfrauenkirche 2
99310 Arnstadt
☎: 03628/640723
☎: 03628/746283
✉: arnstadt@grueneliga.de

Regionalbüro Eichsfeld
Kastanienhof, 37318 Marth
☎: 036081/6 06 15 ☎: -18
✉: region.eichsfeld@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen - FÖJ e.V.
Babelsplatz 3, 09599 Freiberg
☎: 03731/166497
✉: info@gruene-liga.de

Evangelisches Einkehrhaus Bischofrod
Hauptstraße 3
98553 Bischofrod
☎: 036873/20474
☎: 036873/20048

**Mehr unter:
www.grueneliga.de**